Erste Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD

Am 7. September 1987 begann SED-Generalsekretär Erich Honecker seinen Arbeitsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland. Es war der erste Besuch eines DDR-Staatsoberhauptes im anderen Teil Deutschlands. Die Staatssicherheit dokumentierte die Stimmung in der DDR-Bevölkerung hinsichtlich des Honecker-Besuchs in der BRD.

Im Jahr 1987 besuchte erstmals in der Geschichte beider deutscher Staaten ein Staatsoberhaupt der DDR die Bundesrepublik. Am 15. Juli 1987 wurde gleichzeitig in den west- und ostdeutschen Medien der Besuch Erich Honeckers vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik angekündigt. Lange Zeit konnte sich die SED-Führung nicht sicher sein, ob der Besuch überhaupt stattfinden würde. Schließlich hatte er zuvor bereits dreimal abgesagt werden müssen, zuletzt auf sowjetischen Druck im Jahr 1984. Dieses Mal gab es Befürchtungen nicht nur hinsichtlich eines erneuten Einspruchs der Sowjetunion, sondern auch wegen einer kritischen, emotional aufgeladenen westdeutschen Öffentlichkeit.

Doch der wiederbelebte Abrüstungsdialog der Großmächte und der Staatsbesuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der Sowjetunion im Sommer 1987 hatten die Atmosphäre entspannt. Das sprach gegen ein sowjetisches Veto. Auch auf westdeutscher Seite sah man den Zeitpunkt als günstig an, stellte man doch seit zwei Jahren Besserungen im deutsch-deutschen Verhältnis fest, beispielsweise im Reiseverkehr, bei den Städtepartnerschaften und durch die Abschaffung der Todesstrafe in der DDR.

Die Stasi-Führung befürchtete, dass "der Gegner" den Besuch für seine "antisozialistische Zielstellung" missbrauchen, dass "antisozialistische Kräfte" gegen Honecker persönlich gerichtete Aktionen inszenieren und oppositionelle Kräfte in der DDR "feindlich-negativ wirksam" werden könnten. Deshalb ordnete Stasi-Chef Erich Mielke im Rahmen der Aktion "Dialog 87" umfangreiche Sicherungsmaßnahmen an.

Honeckers Besuch war auf Wunsch der Bundesregierung protokollarisch unterhalb der Ebene eines offiziellen Staatsbesuchs angesiedelt und galt formal nur als "Arbeitsbesuch", jedoch begleitet von militärischen Ehren und dem Abspielen der Hymnen beider Staaten vor dem Bonner Bundeskanzleramt. Die annähernde protokollarische Gleichstellung Honeckers mit anderen ausländischen Staatsgästen interpretierte die DDR-Führung dahingehend, dass die DDR von der BRD als gleichberechtigter deutscher Staat anerkannt worden sei. Dieser außenpolitische Erfolg festigte in ihren Augen auf Dauer die deutsche Zweistaatlichkeit und somit den Bestand der DDR, und zugleich öffnete der Bonn-Besuch Honecker die Türen für Staatsbesuche in Paris, London und Washington.

Vor, während und nach dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik verfasste die Staatssicherheit Berichte über die Stimmung in der DDR-Bevölkerung. Bemerkenswert waren dabei vor allem Erkenntnisse über die Stimmung in der Partei und im MfS selbst. Bei Bekanntwerden der Reise im Juli 1987 registrierte die Stasi überwiegend positive Reaktionen in der Bevölkerung. Die Menschen erhofften sich vor allem eine verbesserte Konsumgüterversorgung, eine schnellere Bearbeitung von Übersiedlungsersuchen sowie generell verbesserte Reisemöglichkeiten. Vereinzelte Kritik kam von SED-Mitgliedern, darunter auch von Stasi-Angehörigen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 1-5

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
Urheber: MfS
Datum: 30.7.1987
Rechte: BStU

Erste Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD

0/189

Verteiler

Gen. Minister
Gen. Mittig
Gen. Neiber
Gen. Schwanitz
Irmler
AG 6

BStU
000001

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 1-5

Erste Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD

Zentrale Auswertungs-
und Informationsgruppe

Berlin, 30. Juli 1987

BStU
000002

HINWEISE
zu ersten Reaktionen der Bevölkerung der DDR im Zusammenhang mit dem angekündigten Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Gen. Erich Honecker, in der BRD

Vorliegenden Hinweisen aus allen Bezirken zufolge nehmen Meinungsäußerungen zum angekündigten Besuch des Genossen Honecker in der BRD einen breiten Raum ein. Er wird in allen Bevölkerungsschichten positiv bewertet und als Fortsetzung der Politik des Dialogs eingeschätzt sowie in die vielfältigen, von der Regierung der DDR ausgehenden Initiativen eingeordnet, alles zu tun, damit von deutschem Boden niemals wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgeht. Weiter wird hervorgehoben, der Besuch sei erneuter Ausdruck dafür, daß seitens der DDR alles nur Mögliche getan werde, durch politischen Dialog, Sachlichkeit und Berechenbarkeit die Zusammenarbeit beider deutscher Staaten zu gestalten, auszubauen und damit den Prozeß der Abrüstung und Entspannung in Europa voranzubringen. In diesem Zusammenhang wird der angekündigte Besuch Erich Honeckers in der BRD gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt als politisch besonders bedeutsam bewertet.
Insbesondere progressive Kräfte verweisen auf vorgenannte politische Aspekte der Reise und betonen, daß dieser Besuch schon lange überfällig sei. Die DDR setze damit - so wird betont - ihre auf gutnachbarliche Beziehungen ausgerichtete Politik gegenüber der BRD unbeirrt fort und lasse sich auch durch feindliche Äußerungen und Handlungen führender BRD-Politiker, vorrangig in jüngster Zeit, nicht provozieren.

In fast allen vorliegenden Reaktionen wird ein direkter Zusammenhang zwischen der Reise und dem Beschluß des Staatsrates der DDR über eine allgemeine Amnestie hergestellt. Es wird argumen-

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 1-5

Erste Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD

BStU
000003

tiert, die Partei- und Staatsführung der DDR wolle im Vorfeld des Besuches das politische Klima zwischen der DDR und der BRD positiv beeinflussen, günstige Voraussetzungen für die Gesprächs- und Verhandlungsführung schaffen und der BRD-Seite die Möglichkeit nehmen, sich auf sogenannte Menschenrechtsfragen, verbunden mit Forderungen nach "Freilassung politischer Gefangener", zu konzentrieren. Mit diesem Schritt begegne die DDR den zu erwartenden Bestrebungen führender BRD-Politiker, vom Hauptanliegen des Besuches, einen Beitrag zur Sicherung des Friedens und zur Abrüstung zu leisten, abzulenken. Besonders Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, Kunst- und Kulturschaffende sowie kirchliche Amtsträger heben hervor, daß insoweit wesentliche "Kritikpunkte" seitens der BRD an der DDR, vor allem im Hinblick auf sogenannte fehlende Freizügigkeit und angebliche Menschenrechtsverletzungen in der DDR, die den Besuch hätten belasten können, nahezu gegenstandslos geworden seien.

Beachtenswerten Einzelmeinungen politisch engagierter Bürger, insbesondere aus der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, zufolge, wird erwartet bzw. spekuliert, daß bzw. ob die BRD-Seite im Ergebnis des Besuches bereit sein wird, die Geraer Forderungen nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, der Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter und der Festlegung der Elbgrenze zu akzeptieren.

Vereinzelt lehnen jedoch progressive Kräfte unter Bezugnahme auf die bisherige destruktive Haltung der BRD-Seite bezüglich der Erfüllung der genannten Geraer Forderungen die Reise des Staatsoberhauptes der DDR in die BRD ab bzw. bringen ihre Verwunderung und zum Teil Unverständnis über den beabsichtigten Besuch angesichts der in jüngster Zeit verstärkten, äußerst militanten und aggressiven Aktivitäten verschiedener westlicher Politiker gegenüber der DDR zum Ausdruck.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 1-5

Blatt 3

Erste Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD

BStU
000004

In erheblichem Umfang werden in Meinungsäußerungen Befürchtungen sichtbar, daß es während des Aufenthaltes des Gen. Erich Honecker in der BRD zu Provokationen kommen könnte bzw. terroristische Anschläge auf seine Person nicht auszuschließen seien, wobei auf die vielfältigen terroristischen Aktivitäten neonazistischer und revanchistischer Kräfte in der BRD verwiesen wird.

Aus kirchlichen Kreisen wurden Auffassungen bekannt, es sei richtig, den Besuch nicht mehr an die Erfüllung von Vorbedingungen zu knüpfen, sondern besser, miteinander zu reden. Es wird als zweckmäßig erachtet, zu versuchen, über strittige Fragen im persönlichen Gespräch Meinungen auszutauschen und möglicherweise Einigung zu erzielen, um Standpunkte nicht zu verhärten, was nicht im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten läge.

Breiten Raum nehmen in den Diskussionen unter allen Kreisen der Bevölkerung Erwartungshaltungen und Spekulationen über zu erwartende Ergebnisse dieses Besuches ein, zum Teil wesentlich beeinflußt durch entsprechende Sendungen westlicher elektronischer Medien. Absoluten Schwerpunkt bilden dabei Spekulationen über den weiteren Ausbau der Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger in die BRD und nach Westberlin (Reisemöglichkeiten für alle interessierten DDR-Bürger, Touristenreisen). Teilweise wird dies verbunden mit der Erwartung über die Zahlung von finanziellen Zuschüssen seitens der BRD, die es der DDR u. a. ermöglichen, die Neufestlegungen der Ausstattung mit Reisezahlungsmitteln vom 1. Juli 1987 rückgängig zu machen. Weiterhin wird dahingehend spekuliert, daß eine Erweiterung der Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger ein Zugeständnis der DDR für den Ausbau der ökonomischen Beziehungen darstelle. Derartige Diskussionen zur Reiseproblematik werden besonders unter Jugendlichen und Jungerwachsenen sowie unter Angehörigen der medizinischen und wissenschaftlich-technischen Intelligenz, aber auch in Arbeitskollektiven von Betrieben und Genossenschaften geführt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 1-5

Blatt 4

Erste Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Honecker-Besuch in der BRD

BStU
000005

Verbreitet werden auch Erwartungen geäußert über die Vertiefung der Handelsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten mit spürbarem Einfluß auf die Versorgung der Bevölkerung der DDR, insbesondere durch den Abschluß von Verträgen über den Import von Erzeugnissen der Bekleidungsindustrie, hochwertigen Konsumgütern und Pkw sowie zur Lösung von Rohstoff- und Ersatzteilproblemen.

Desweiteren wird - wenn auch in geringerem Maße - damit gerechnet, daß im Ergebnis des Besuches

- die Einreisesperren gegenüber übergesiedelten ehemaligen DDR-Bürgern aufgehoben,

- der "Zwangsumtausch" für BRD-Bürger bei Einreisen in die DDR abgeschafft,

- die kulturellen Beziehungen und die Städtepartnerschaften ausgebaut und die Zusammenarbeit auf den Gebieten Wissenschaft/Technik und Umweltschutz erweitert

werden.

Personenkreise, die Ersuchen auf Übersiedlung in die BRD gestellt haben, erhoffen sich eine schnelle Bearbeitung ihrer Anträge, um kurzfristig ausreisen zu können. Sie erwarten z. T. eine "Ausreisewelle" wie im Jahre 1984 und äußern vereinzelt, in der jetzigen Situation ihren Übersiedlungsersuchen nochmals schriftlich Nachdruck verleihen zu wollen.
Unter diesem Gesichtspunkt sind Meinungsäußerungen von Mitarbeitern der Abteilungen Inneres von Räten der Kreise mehrerer Bezirke beachtenswert, daß im Zusammenhang mit der Ankündigung der Reise mit einem Ansteigen von Übersiedlungsersuchen gerechnet werden müsse und unter diesen Bedingungen derzeitig Gespräche zur Zurückdrängung von Übersiedlungsersuchen und Rückgewinnung von Übersiedlungsersuchenden keinen Erfolg hätten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 1-5

Blatt 5